

# SPD demokratischer pressediens

P/XXVIII/223

20. November 1973

Die Deklassierung der "Linken"

Zum Mitbestimmungsbeschuß des Hamburger  
CDU-Parteitags

Seite 1 und 2 / 66 Zeilen

Wirksamer Naturschutz wird Pflicht

Wirtschaftsgesichtspunkte dürfen Ökologie  
nicht verdrängen

Von Harald B. Schäfer MdB  
Mitglied des Innenausschusses des Bundestages

Seite 3 und 4 / 65 Zeilen

"Europa der Regionen"

Sizilien-Besuch europäischer Regionalpolitiker

Von Wolfgang Schwabe MdB  
Mitglied des Europäischen Parlaments

Seite 5 und 6 / 57 Zeilen

Die Deklassierung der "Linken"

Zum Mitbestimmungsbeschuß des Hamburger CDU-Parteitag

Der "triumphale" Parteitag - so Springers "Welt" voller Begeisterung - des CDU-Vorsitzenden Dr. Helmut Kohl und vor allem seines Generalsekretärs Prof. Dr. Kurt Biedenkopf in der Mitbestimmungsfrage kann nicht eine Minute lang die Tatsache verdecken, daß sich die Christlich-Demokratische Union seit dem 19. November 1973 um 19 Uhr 15 aus ihrem Anspruch zurückzuziehen begonnen hat, eine wirkliche breite Volkspartei zu sein. Den Zusammenbruch aller ihrer, freilich zum Teil recht euphorischer, Hoffnungen vor Augen, haben in der Schlußabstimmung noch genau 97 "Linke" verbissen um die "reine und volle Parität" der Arbeitnehmer in den Großbetrieben von Wirtschaft und Industrie gekämpft. Katzers Heerscharen waren innerhalb weniger Stunden von den sowieso schon bedenklich wenigen 218 und 200 Stimmen in den wichtigsten Punktabstimmungen, also von etwa 28 vH., schließlich auf 14 vH. zusammengeschrumpft und damit zu einer geradezu beunruhigenden Minderheit in dieser CDU geworden. Die Sozialausschüsse, der legitime Vertreter der Arbeitnehmer in der CDU, waren in eine Außenposition abgedrängt worden, aus der sie ihre zentrale Aufgabe, der Stimme der zur CDU tendierenden Arbeitnehmer in der Gesamtpartei Gehör und Gewicht zu verschaffen, nur noch mühselig und vermutlich kaum effektiv erfüllen können.

Die beschwörenden Mahnungen der Katzer, Grundmann, Wissmann, Hasinger, Nickels, modifiziert auch Köppler und, in einer Art Schlußwarnung, auch Barzel, waren an der Masse der Parteitagsdelegierten abgeprallt, denen der von Biedenkopf akzentuierte und von den Wirtschaftssprechern unterstützte Appell Helmut Kohls, hier und heute "Ja oder Nein und kein Jein" zu sagen und im übrigen die Einheit und Gemeinsamkeit der Partei zu demonstrieren, weil man wieder in die Regierungssessel in Bonn will, schließlich offenbar mehr sagte, als die inständige Bitte der "Linken", gerade jetzt nicht zu vergessen, daß eine Volkspartei vor allem auch die Interessen der Arbeitnehmer beherzigen und vertreten müsse.

Der aktive Gewerkschafter Rudi Nickels fragte verbittert an, ob denn die Delegierten überhaupt noch wüßten, wie die Arbeitswelt

wirklich aussehe, und ob sie sich gar keine Gedanken darüber machten, daß sich die Sozialausschüsse, die christdemokratischen Arbeiterbewegungen, die Junge Union und die Landesverbände gerade im Industrieballungsraum hinter das Katzer-Wissmann-Modell zur "glasklaren" Parität in der Mitbestimmung gestellt hätten: "Die Arbeitnehmer im ganzen Lande fragen, was geschieht in Hamburg?" Die Antwort, die die Mehrheit der in Hamburg deklassierten "Linken" gab, war deutlicher wirklich nicht mehr möglich.

Wenn es noch eine Bestätigung für die ab Hamburg einsetzende Entwicklung innerhalb der CDU gebraucht hätte, dann war sie in der "Grußrede" des CSU-Vorsitzenden Franz Josef Strauß an den 22. Bundesparteitag zu finden, der der "Schwesterpartei" höhnisch nachsagen konnte, daß sie zum Beispiel in der Bodenrechtsreform "rechter" als die CSU gestimmt habe und daß sie in der Mitbestimmung für ihr Votum nur zu loben sei. Nach dem wegberleitenden CDU-Beschluß vom Montagabend ohne alle Hemmungen zog Strauß jede andere Mitbestimmungskonstruktion als die jetzt von der CDU-Majorität abgesegnete Formel in eine Konsequenzenkette von "mehr Mitbestimmung, mehr Macht für die Funktionäre, weniger Freiheitsrechte für die Arbeitnehmer" hinein, ohne sich auch nur einen Deut darum zu scheren, daß diese bedenkenlose Unterstellung nicht nur die Sozialdemokraten, sondern natürlich genauso die Sozialausschüsse, die Junge Union und zahlreiche Landesverbände der CDU treffen mußte und sicher auch sollte.

Franz Josef Strauß sprach im "Congress-Centrum" von einem "Meilenstein", den sich die CDU für ihren weiteren Weg gesetzt habe. Dieser Aussage ist rundherum zuzustimmen, wenngleich Strauß damit etwas anderes gemeint hat, als die Sozialausschüsse und die CDU-tendierenden Arbeitnehmer als bittere Lehre von der Alster mit nach Hause nehmen müssen. Nach Düsseldorf 1971 war Hamburg 1973 die bisher schwerste Niederlage der CDU-"Linken" und ein noch tiefer ins Parteifleisch hineingetriebener Pflock der Verbitterung und des Mißtrauens, der den "strahlenden Sieger" von Hamburg, Helmut Kohl, noch viel zu schaffen machen wird.

Dr. Erhardt Eckert  
(-/20.11.1973/ks/ex)

+ + +

## Wirksamer Naturschutz wird Pflicht

---

Wirtschaftsgesichtspunkte dürfen Ökologie nicht verdrängen

Von Harald B. Schäfer MdB

Mitglied des Innenausschusses des Bundestages

Naturschutz und Landschaftspflege befassen sich mit dem Naturhaushalt als Ganzes. Sie weisen in ihrer ökologischen Dimension über den technischen Umweltschutz - Reinhaltung von Luft, Wasser usw. - hinaus.

Diese Erkenntnis ist bisher politisch kaum umgesetzt worden. Für Teilbereiche des Naturhaushalts - Reinhaltung von Luft, Wasser, Boden, Bekämpfung von Lärm usw., was im allgemeinen unter Umweltschutz verstanden wird - liegen Programme und einige wenige praktikable gesetzliche Bestimmungen vor. Es fehlt aber eine Konzeption für den gesamten Naturhaushalt auf ökologischer Grundlage.

Der Umweltschutz beschränkt sich bisher im wesentlichen auf die Beseitigung bzw. Milderung von Folgeerscheinungen unkoordinierter, ungesteuerter, oft umweltfeindlicher Maßnahmen. Wirtschaftliche Gesichtspunkte dominieren in der Regel über ökologische. Der Naturhaushalt wird unkontrolliert belastet. Vorbeugender Umweltschutz als Ergebnis einer ökologisch integrierten Planung findet so gut wie nicht statt. Es rächt sich heute bitter, daß Umweltpolitik auf Bundesebene zu spät, nämlich erst 1969 mit Bildung der sozialliberalen Koalition, als politische Aufgabe verstanden und angepackt worden ist.

Die Bundesregierung hat in ihrem Umweltprogramm betont, daß es darauf ankommt, die ökologische Leistungsfähigkeit zu analysieren, die Belastungsgrenze des Naturhaushaltes zu definieren sowie ökologische Maßstäbe bei allen Planungen zu beachten und ökologische Daten zu erarbeiten. Die Realisierung dieser Zielvorstellungen wird erschwert durch das Fehlen wissenschaftlich abgesicherter ökologischer Kriterien. Außerdem reicht das rechtliche Instrumentarium, das die Bundesregierung derzeit besitzt, für einen aktiven Umweltschutz auf allen notwendigen Gebieten nicht aus. Das geltende

Naturschutzrecht ist überwiegend auf Konservierung bereits bestehender Zustände ausgerichtet und betont fast ausschließlich den ideellen Wert von Natur und Landschaft.

Der bereits in der VI. Legislaturperiode vorgelegte Gesetzentwurf der Bundesregierung enthält Vorschriften zur Entwicklung der Landschaft und der Wiederherstellung ihrer Funktionsfähigkeit, um insbesondere die Leistungen des Naturhaushaltes zu verbessern und mit den wachsenden Ansprüchen der Gesellschaft an die Landschaft in Übereinstimmung zu bringen, den Ausgleich von Umweltbelastungen in bebauten Gebieten zu sichern und das Angebot an Erholungsflächen für die Bevölkerung zu verbessern.

Diese Maßnahmen sind ohne lenkende Eingriffe des Staates nicht zu erreichen. Der Gesetzentwurf enthält daher Regelungen, die auch in diesem Bereich mit der Sozialpflichtigkeit des Eigentums ernst machen. Es kann nicht weiter angehen, daß Natur und Landschaft Einzelinteressen, die auf Gewinnstreben ausgerichtet sind, zum Nachteil der Allgemeinheit ausgeliefert bleiben. Deshalb finden sich in dem Gesetzentwurf entsprechende Vorschriften, die notwendige Enteignungsverfahren regeln sollen. Der Einzelne, aber auch die öffentliche Hand sollen in die Pflicht eines wirksamen Naturschutzes genommen werden.

Die Opposition verweigert in ihrem Gesetzentwurf - wie auch beim Wasserhaushaltsänderungsgesetz - dem Bund die volle Gesetzgebungskompetenz. Sie will dem komplexen Bereich des Umweltschutzes ohne sachliche Notwendigkeit in einen "technischen" Bereich für den Bund und einen "natürlichen" Bereich für die Länder aufspalten. Diese Rechtszersplitterung verhindert eine bundeseinheitliche Regelung, die ökologischen Ansprüchen genügt.

Wenn man weiß, daß die CDU/CSU-Fraktion damit einem Vorstoß aus Bayern und Baden-Württemberg folgt, ist leicht erklärbar, was die Opposition mit ihrer in letzter Konsequenz umweltfeindlichen Haltung beabsichtigt.

Der Gesetzentwurf der Bundesregierung stellt eine gute Diskussionsgrundlage dar. Es wird in den Beratungen darauf ankommen, daß die Bestimmungen zur ökologischen Entwicklung der Landschaft noch weitgehender und klarer gefaßt werden. (-/ 20.11.1973/ks/ex)

"Europa der Regionen"

Sizilien-Besuch europäischer Regionalpolitiker

Von Wolfgang Schwabe MdB

Mitglied des Europäischen Parlaments

Die letzte Gipfelkonferenz der Regierungschefs der neun Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaft hat unter anderem den Gemeinschaftsbehörden eine stärkere Ausgleichsfunktion bei der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung einzelner Landesteile aufgetragen.

Für das Europäische Parlament sind die regionalpolitischen Aufgaben dem seitherigen Verkehrsausschuß im Rahmen einer Kompetenzerweiterung zusätzlich übertragen worden. Sie gewinnen auch durch Vorlagen der Kommission an den Rat mehr und mehr Bedeutung.

Als eine der besonders hilfsbedürftigen Regionen gilt Sizilien. Eine Delegation von neun Europa-Parlamentariern aus sieben Ländern hat sich vor kurzem nach Sizilien begeben, um die Situation an Ort und Stelle zu beurteilen und mit den zuständigen Landes- und Kommunalbehörden zu besprechen.

Die Delegationsmitglieder stellten fest, daß wegen der außergewöhnlich niedrigen Löhne und der besonders hohen Arbeitslosigkeit die ständige Auswanderung der jüngeren Arbeitskräfte für das Land die erwünschte Aufwärtsentwicklung erschwert oder unmöglich macht. Waldarmut, Bodenerosion und hügelige Geländestrukturen lassen vielerorts die Landwirtschaft hoffnungslos resignieren. Die mit überörtlichen Mitteln erbaute Nord-Süd-Straße Parlermo-Agrigent erschließt daher auch weniger landwirtschaftlich ertragreiche Gebiete; stärker ist ihre Bedeutung für den Tourismus; für den an der Südküste die berühmten griechischen Tempel ebenso anziehungskräftig sind wie das freundliche Mittelmeerklima. Leider ist gerade auch dort die durchschnittliche Armut der Einwohner bestürzend.

Aus den Gesprächen mit Bürgermeistern in teilweise verlassenem Gemeinden und aus den Statistiken geht hervor, daß es nicht zu den

Seltenheit gehört, wenn das durchschnittliche Einkommen pro Kopf und Tag unter DM 5,00 absinkt. So etwa im Mittelgebirgsbereich von Lercara Friddi, wo man sich weitgehend auf den Arbeitsertrag der Schwefelgruben stützte, die wegen ihrer absoluten Unrentabilität geschlossen werden mußten.

Der angeblich überhaupt ärmste Ort, Palma Mautechioro, ein aus der Ferne stolz wirkendes Bergstädtchen, hat zwar ein klassisches Kloster und stolze Türme, aber offensichtlich keine Möglichkeit, seine Menschen zu ernähren.

Zu den allgemein schmerzlichen Eindrücken gehört auch das schlimme Bild der Verwüstungen im Hafen von Palermo, wo viele Millionen benötigt werden, um die Schäden eines in diesem Umfang seither unbekanntem Gewittersturms zu beheben.

Sizilien hat im Rahmen der ungleichmäßigen italienischen Föderal-Verfassung eine besonders starke autonome Stellung. Dies wurde in den Fachgesprächen mit dem Chef der Landesregierung, seinen Ministern und den Spitzen des Landesparlaments deutlich. Man gewann den Eindruck eines gewissen dort vorhandenen Argwohns wegen der nie ausreichenden Hilfe der römischen Zentralregierung für die südliche Großinsel mit ihren annähernd fünf Millionen Einwohnern. So war es selbstverständlich, daß neue Hoffnungen auf tatkräftige europäische Hilfsmaßnahmen im Vordergrund der Beratungen standen. Man hofft allgemein Hilfen zu erhalten, hat aber noch keineswegs abschließende Vorstellungen, wie und wo anzusetzen sei.

"Europa der Regionen"! Nach drei Tagen intensivster Besichtigungen und Beratungen ist den verantwortungsverpflichteten Abgeordneten klar, daß europäische Hilfsmaßnahmen ohne Reibungsverluste durch übergeordnete Stellen in Rom und Palermo ihre angestrebten Ziele ungeschmälert erreichen müssen.

(-/20.11.1973/ks/ex)

+ + +